

Staatssekretariat für Bildung,
Forschung und Innovation SBFI
Höhere Berufsbildung
z.H. Ramona Nobs, Ressortleiterin
Einsteinstrasse 2
CH-3003 Bern

Bern, 17.5.2023

per Mail an: info.hbb@sbfi.admin.ch

Konsultation Positionierung Höhere Fachschulen

Sehr geehrte Frau Nobs, liebe Ramona

Besten Dank für die Einladung zur Stellungnahme im Rahmen einer Verbundpartner-Konsultation. Entsprechend den in den Unterlagen formulierten Leitfragen nimmt der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) in seiner Funktion als Mitglied der Tripartiten Berufsbildungskonferenz (TBBK) wie folgt Stellung zu den beiden Umsetzungsvorschlägen des SBFI:

- A. Umsetzungsvorschlag Bezeichnungsrecht «Höhere Fachschule»
- B. Umsetzungsvorschlag Titelergänzungen für die höhere Berufsbildung:
Professional Bachelor» und «Professional Master» (Prüfauftrag)

A. Einführung eines Bezeichnungsrechts «Höhere Fachschule»

1) Befürworten Sie grundsätzlich den Umsetzungsvorschlag «Bezeichnungsrecht als zusätzliche Rechtsfolge der Anerkennung eines Bildungsgangs» des SBFI mit Blick auf das definierte Ziel der besseren Sichtbarkeit und Bekanntheit der Höheren Fachschulen als Institution?

☒ Ja ☐ Ja mit Vorbehalt ☐ Nein

Begründung:

Der SGB unterstützt die Einführung eines Bezeichnungsschutzes für Höhere Fachschulen (HF), um Bildungsnehmer:innen **vor allfälliger Irreführung und Missbrauch** zu **schützen**. Allerdings zeigten die Untersuchungen bisher keine entsprechenden realen Problemstellungen. Das SBFI soll künftig die berechtigten Höheren Fachschulen mit Bezeichnungsschutz ebenfalls in die **Liste** der geschützten Titel / Bildungsgänge der Berufsbildung aufnehmen, damit überprüft werden kann, ob sie von der Schweiz **staatlich anerkannt** sind.

2) Haben Sie weitere Hinweise für die Konkretisierungsarbeiten?

Die vorhandenen Prüfungskriterien zur Anerkennung eines Bildungsganges mit Automatismus einer Anerkennung als Bildungsinstitution erscheinen uns *prima vista* als ausreichend, wie z.B. die **Kriterien der Qualitätssicherung** (zur Qualifikation der verantwortlichen Leitungs- und Lehrpersonen aber zum Qualitätsmanagement der Institution HF sowie Vorgaben zu Struktur, Organisation und Infrastruktur). Zusätzliche institutionelle Kriterien zur Qualitätssicherung sollen bei Bedarf aufgenommen werden können. Wichtig erscheinen uns definierte Prozesse, Verantwortlichkeiten und **Sanktionsmöglichkeiten**, wenn die Kriterien nicht erfüllt bzw. bei laufendem Betrieb verletzt werden (Aberkennung des Bezeichnungsrechtes und Bussen) und deren **Durchsetzung**. In die Konkretisierungsarbeiten sind die Sozialpartner miteinzubeziehen.

B. Einführung neuer Titeltzusätze für die HBB: Professional Bachelor / Professional Master

1) Befürworten Sie grundsätzlich die Einführung der Titeltzusätze «Professional Bachelor» und «Professional Master» für die Abschlüsse der höheren Berufsbildung?

☐ Ja ☒ Ja mit Vorbehalt ☐ Nein

Gemäss Kongressbeschluss aus dem Jahr 2014 unterstützt der Schweizerische Gewerkschaftsbundes (SGB) das Anliegen von **einheitlichen und attraktiven Berufstiteln**. Er setzt sich zudem für die in der Bundesverfassung (BV Art. 61a Abs. 3) verankerte **Gleichwertigkeit** von beruflicher und allgemeiner Bildung ein und damit für eine Titeltäquivalenz.

Erfahrene Berufspraktiker:innen sollen anerkannte Weiterqualifizierungsmöglichkeiten, v.a. im Bereich der Höheren Berufsbildung (HBB), offenstehen. Damit sich Bildungsinteressierte einfach einen Überblick über die berufs- und praxisorientierten Bildungsangebote verschaffen können, ist es notwendig, dass alle drei existierenden HBB-Abschlüsse (eidgenössische Fachausweise, eidgenössische Diplome und HF-Diplome) eine **klare und eindeutige Profilierung sowie gestufte Verortung im Berufsbildungssystem** aufweisen.

Der SGB kann eine Einführung ergänzender Titel nur unter dem Vorbehalt unterstützen, dass er für die Bildungsnehmenden einen effektiven Mehrwert bringen muss, der über ein reines «Signaling» hinausgeht. Titeltzusätze müssen einen Beitrag leisten zu mehr **Verständlichkeit und Transparenz bezüglich Wertigkeit** der verschiedenen HBB-Abschlüsse. Verbessert werden muss zudem die **Durchlässigkeit** zwischen den verschiedenen Abschlussstufen und Bildungstypen (bspw. zwischen dem Berufsbildungssystem der Höheren Berufsbildung und den Hochschulen) durch eine Vereinfachte Anrechenbarkeit bereits vorhandener Praxis- und Bildungsleistungen. Im Interesse der beruflichen Mobilität braucht es zudem eine **Vergleichbarkeit der Abschlüsse** zwischen den Branchen sowie **internationale Kompatibilität**. Und im Bereich der Finanzierung gilt es Zugangshürden für Bildungsinteressierte zu senken.

2) Befürworten Sie grundsätzlich den Umsetzungsvorschlag «Einheitliche Titelzusätze pro Abschlusstyp» des SBFI mit Blick auf das definierte Ziel der Erhöhung der Sichtbarkeit und Verständlichkeit der HBB-Abschlüsse?

☐ Ja ☒ Ja mit Vorbehalt ☐ Nein

3 > 4) Falls ja mit Vorbehalt: Bevorzugen Sie eine alternative Lösung unter Berücksichtigung der Zielsetzung der Erhöhung der Sichtbarkeit und Verständlichkeit der HBB-Abschlüsse?

☒ Ja ☐ Nein

Wenn ja, welche alternative Lösung?

☐ geprüfte Variante a) «Entscheid der Branche»

☒ geprüfte Variante b) «Knüpfung an den NQR-Berufsbildung»

☐ andere Variante

Aufgrund der Heterogenität der Branchen, der fehlenden Einheitlichkeit bei der Einstufung der Abschlüsse sowie der fehlenden internationalen Kongruenz sieht der SGB im vom SBFI präferierten Umsetzungsvorschlag offen gesagt mehr Probleme, denn Chancen. Er käme einer **«Schweizer Bastel-Lösung»** im Alleingang gleich, was erwartungsgemäss Folgeprobleme nach sich ziehen und schlussendlich dem Vertrauen in die Schweizer Berufsbildung sogar zu schaden droht. Der SGB ist nicht bereit, einen Umsetzungsvorschlag zu unterstützen, der neue ergänzende Titel wie den «Professional Bachelor» als rein Marketing-Massnahme einführen will, nur um der Tertiartät der HBB-Abschlüsse kommunikativ Ausdruck zu verleihen. Dies wird unweigerlich zu **Akzeptanzproblemen** führen, eventuell gar zu einer Vertrauenskrise in die Qualität der Höheren Berufsbildung und könnte **gegenteilige Effekte** bezüglich ihres Ansehens zur Folge haben.

Aktuell behindert die **fehlende einheitliche Einstufung und entsprechende Bezeichnung der HBB-Abschlüsse** eine verständliche Kommunikation des Systems der Höheren Berufsbildung als Ganzes. Sie erschwert die Vergleichbarkeit der Titel sowohl zwischen den Branchen wie auch im internationalen Vergleich und behindern die berufliche Mobilität tendenziell mehr, als dass sie sie befördert. Dass sich die Schweiz 2014 bei der Einführung vom NQR Berufsbildung gegen eine generelle **Zuordnung der unterschiedlichen Bildungsstufen auf ein definiertes NQR-Niveau** entschieden hatte, erweist sich heute als klarer Nachteil.

Wenn mit den neu einzuführenden Titelzusätzen wie dem «Professional Bachelor» die praxisorientierte Wertigkeit der Abschlüsse der Höheren Berufsbildung zum Ausdruck gebracht werden sollen und damit eine **Gleichwertigkeit** zu den Abschlüssen der Hochschulbildung («gleichwertig, aber andersartig»), dann muss eine Vergabe logischerweise auf eine entsprechende **Stufe an Handlungskompetenzen gemäss NQR** abgestützt sein.

Eine Anbindung der Titelzusätze an das entsprechende NQR-Niveau stellt zudem eine **internationale Kompatibilität zum Europäischen Qualifikationsrahmen (EQR)** sicher. Als «Benchmark» vergleicht sich die Schweiz jeweils mit den Berufsbildungssystemen der Nachbarländer Deutschland und Österreich, welche die ergänzenden Titelzusätze bereits eingeführt wurden. Deutschland wie auch Österreich knüpfen den **«Professional Bachelor» an Niveau 6, der «Professional Master» an Niveau 7**. Das muss auch in der Schweiz das Kriterium für eine Vergabe der Titel sein.

Die klare Verortung der Titel und ihrer Zusätze im entsprechenden NQR-Niveau ist keine theoretische Übung, sondern die **Voraussetzung für eine bessere Verständlichkeit, Sichtbarkeit, Anrechenbarkeit und internationale Anerkennung**.

Der SGB ist klar der Auffassung, dass sich die Attraktivität der Berufsbildung nicht mit rein kommunikativen Massnahmen steigern lässt, sondern es dazu materieller Verbesserungen bedarf. In die weiteren Arbeiten zur **besseren Anrechnung von Praxis- und Bildungsleistungen** (vereinfachte Verfahren) sind die Sozialpartner miteinzubeziehen. Eine weitere Forderung ist eine einheitliche und verbindliche **Umsetzung der «Best practices» von swissuniversities** betreffend Zulassung zum Bachelor-Studium an Fachhochschulen für Absolventinnen einer Höheren Berufsbildung, um die Durchlässigkeit zu verbessern.

In Branchen, wo es HF- und FH-Abschlüsse gibt und wo die Kompetenzprofile der Absolvent:innen nicht klar voneinander abgegrenzt sind (bspw. Pflege) braucht es einen **branchenbezogenen, institutionalisierten Dialog zwischen HBB (v.a. HF) und FH in den jeweiligen Regionen**, um die Profile der unterschiedlichen Bildungstypen weiter zu schärfen und sie komplementär voneinander abzugrenzen. Ansonsten drohen Aufwertungen in einem Bereich zu Abwertungen im anderen Bereich zu führen, was die Anzahl Abschlüsse höchstens verlagert, aber insgesamt nicht erhöht, wobei es heute Weiterqualifizierung auf Stufe Höherer Berufsbildung und Hochschule bedarf. Auch hier sind die Sozialpartner in diesen Dialog zwingend miteinzubeziehen.

Im Interesse der Bildungsnehmer:innen müssen die **Bildungsgefässe aufeinander abgestimmt** sein, damit bereits vorhandene Praxis- und Bildungsleistungen anerkannt und angerechnet werden können und sich die Weiterbildungsdauer entsprechend verkürzen lässt. Eine Stärkung der **Komplementarität** der Bildungsgefässe vereinfacht die Kommunikation und erhöht damit klar die Sichtbarkeit.

Um die Chancengleichheit in der Aus- und Weiterbildung weiter zu verbessern, konzentriert sich der SGB deshalb weniger auf Marketing-Massnahmen zur **Stärkung der Berufsbildung** (Frage der Einführung von ergänzenden Titeln), sondern engagiert sich im Rahmen der Verbundpartnerschaft für **konkrete, materiellen Verbesserungen**: faire Löhne während und nach einer Aus- oder Weiterbildung; Senkungen der direkten und indirekten Bildungskosten (Reduktion der Studiengebühren, Ausweitung von Aus- und Weiterbildungszuschüssen bspw. über eine Ausweitung der Subjektfinanzierung und Stipendien), vereinfachte Zulassungs- und Äquivalenzverfahren, verbesserte Anrechenbarkeit und Durchlässigkeit, verbesserte Vereinbarkeit von Weiterbildung, Beruf und Privatleben sowie erleichterte internationale Mobilität.

Wir danken für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.
Freundliche Grüsse

SCHWEIZERISCHER GEWERKSCHAFTSBUND



Pierre-Yves Maillard
Präsident



Nicole Cornu
Zentralsekretärin